

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

3.7.1863 (No. 154)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 3. Juli.

N. 154.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Auf das mit dem 1. Juli begonnene dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Bestellungen an.

Unsere auswärtigen H. H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende Juni abgelassen sind. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnementspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpostbezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr. und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. H. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

Frankfurt, 2. Juli. Die „Europe“ theilt das Ergebnis der wegen der Verantwortung der Noten abgehaltenen Berathung des St. Petersburgs mit. Darnach hält Rußland zwar die Hoffnung auf eine Lösung der polnischen Frage auf Grund des Programms der drei Mächte für illusorisch, will jedoch — in Rücksicht auf die Verschiebung des Kriegs und vorbehaltlich der Opposition gegen den zweiten, die Nationalvertretung betreffenden Punkt des Programms — die Wiener Note als Unterhandlungsgrundlage annehmen, falls unter Achtung der Interessen des Reichs und der Würde des Czaren die Konferenz- oder Kongressverhandlungen auch noch auf andere schwebende europäische Fragen erstreckt werden. Fürst Gortschakoff sei nicht mit allen zur Geltung gekommenen Fragen einverstanden.

Wien, 2. Juli. (W. L. B.) Die offiziöse „Generalkorrespondenz“ hat eine Pariser Mittheilung, die sie als positiv bezeichnet, der zufolge Kaiser Napoleon zur Waffenstillstands-Forderung an Amerika, im Weigerungsfalle zur Anerkennung der Südstaaten, entschlossen sei.

Kraak, 1. Juli. „Ezas“ meldet: Bei Bobborge Erzebnica am Pilicafluß hat am 26. Juni ein bedeutendes Gefecht stattgefunden, worin der russische Oberst Czengery verwundet worden sein soll. Das Resultat des Kampfes ist noch nicht bekannt.

Deutschland.

München, 30. Juni. (Sch. M.) Die Kammer der Reichsräthe beschäftigte sich in ihrer heutigen ersten öffentlichen Sitzung mit dem Entwurf zu einer Adresse, den sie übrigens sonderbarer Weise den Zuhörern gegenüber noch geheim hält. Der Referent, Präsident v. Harleß, erklärte indessen einleitend selbst, daß die Adresse sich genau an die

Thronrede halte und, wie diese, aus zehn Absätzen bestehe. Sieben von diesen Absätzen genehmigte die Kammer ohne Diskussion; beim vierten, die deutsche Bundesreform betr., äußerte Fürst Hohenlohe-Schillingfürst: die Bestrebungen der deutschen Bundesreform seien eine Danaidenarbeit, so lange es ein Räthsel bleibe, was man denn eigentlich unter deutscher Einheit zu verstehen habe, so lange das Volk sich nicht klar darüber geworden, ob es zu Gunsten größerer Zentralisation auf partikularistische Einrichtungen verstanden wolle. Bis dahin sei jede Aeußerung über eine Reform eine harmlose Manifestation. Wenn jener Augenblick dereinst aber werde gekommen sein, dann fordere er von der bayrischen Regierung zweierlei: daß sie seinem Einigungsvorschlag zustimme, welcher nicht auf einer Verständigung beider deutschen Großmächte basire, und daß sie, wohin sie sich auch entscheide, offen und energisch und nicht mit diplomatischen Feinheiten ihren Weg verlasse. Der fünfte Absatz handelt vom französischen Handelsvertrag. Fürst Hohenlohe: Er müsse es beklagen, daß durch die Thronrede die Kammer in die Nothwendigkeit versetzt sei, über diesen Gegenstand sich zu äußern; der Kammer liege gar kein offizielles Material darüber vor, und da wohl nur die wenigsten Mitglieder in eine ernste Prüfung dieser Frage sich schon eingelassen hätten, so sei der bezügliche Passus der Adresse nichts als eine leere Phrase. Minister v. Schrenk verteidigt die Thronrede und die Provokation einer Aeußerung über den Handelsvertrag als konstitutionell; noch nie sei eine internationale Angelegenheit in solcher Oeffentlichkeit behandelt und Jedem Gelegenheit geboten worden, in ihr sich zu unterrichten. Der siebente Absatz spricht von der Neuorganisation und der Einführung der neuen Gesetze, und hier wird von mehreren Rednern mancherlei Beschwerden Ausdruck gegeben. Die Minister des Innern und der Justiz erklären dieselben durch die Uebergangsperiode, in welcher das Land sich eben noch befinde, und wiederholen, was schon die Thronrede besagte, daß im Bereich der innern Verwaltung noch weiter gebaut, auch dem gegenwärtigen Landtage schon Vorlagen gemacht werden sollen, welche die Hebung begründeter Beschwerden bezwecken. Hiernach wurde die Adresse von der Kammer genehmigt und eine Deputation bestellt, um sie dem König zu überreichen.

Darmstadt, 29. Juni. (Südd. Btg.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurden eben so wie in deren drei vorhergehenden Zusammenkünften Gegenstände untergeordneter Bedeutung behandelt, weshalb wir uns der Berichterstattung darüber enthalten. Auch heute zog die Erste Kammer die öffentliche Aufmerksamkeit mehr auf sich, da sie den Antrag der Abg. Eigenbrodt und Hübichum wegen Verbesserung der evang. Kirchenverfassung auf ihrer Tagesordnung verzeichnet hatte. Bekanntlich hatte die Zweite Kammer gegen die Stimmen des großherzoglichen Adels diesen Antrag angenommen und an die Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die in der Verkündigung vom 25. März 1848 verheißene Einführung der Synodal- und Presbyterialverfassung auf dem vorgezeichneten Wege zu verwirklichen; der Ausschuß der Ersten Kammer aber erstattete sein Gutachten auf Nichtbeitritt zu dem Beschlusse der Zweiten Kammer, weil die Stände in Fragen der innern Kirchenverfassung nicht zu irgend welcher Aeußerung zu ständen seien. Die heutigen Erörterungen bewegten sich denn auch vorzugsweise um diese formelle Seite; die Zuständigkeit der Kammer

wurde nur von einzelnen Mitgliedern auf Grund ihres unbeschränkten Petitionsrechts vertheidigt, von der Mehrheit aber unter mehrfachen Wiederholungen bekämpft, so namentlich von den Grafen Erbach, Stolberg und Görz, den H. H. Birnbaum und v. Hesse, welchen sich Domkapitular Mousfang anschloß. In allen Vorträgen wurde nur der eine Hauptpunkt gänzlich mit Stillschweigen übergangen, daß es sich gar nicht um eine rein innere Angelegenheit der Kirche handelt. Nur der Präsident Fürst Solms-Lich fühlte, wie es scheint, die schiefe Stellung, in welche durch eine lediglich verneinende Haltung die Erste Kammer zu den berechtigten Unabhängigkeitsbestrebungen ihrer eigenen Kirche gerathen würde, und er begründete deshalb einen Verbesserungsantrag, welcher, von der Zuständigkeit der Kammer ausgehend, der Regierung empfahl, gewisse leitende Gesichtspunkte bei der dringend notwendigen Verbesserung der Kirchenverfassung zu befolgen; als solche bezeichnete der Fürst: keine Generalsynode; ein unmittelbar von dem obersten Landesbischof eingesetztes, von den Staatsbehörden unabhängiges Kirchenregiment (Oberkirchenrath), Kreis- oder Dekanatsynode; Gemeindepresbyterien. Diesem Verbesserungsantrag stellte der evangelische Prälat, Mitglied der Kammer, ein noch etwas weiter abgeschwächtes Amendement entgegen. Mit überwiegender Mehrheit wurde jedoch der Ausschußantrag mit der Tendenz der nackten Unzuständigkeitsklärung angenommen, und es fielen hiernach auch die beiden Amendements zu Boden.

Darmstadt, 30. Juni. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 23 enthält u. A. das Gesetz vom 28. Juni d. J., welches das Finanzgesetz vom 4. Dez. 1860, mit Ausschluß des zweiten Absatzes des §. 4 dieses Gesetzes, auf die letzten sechs Monate des Jahres 1863 ausdehnt und in Wirksamkeit setzt. Es sind demgemäß die sämtlichen direkten und indirekten Steuern, wie solche durch die vorliegenden Gesetze und Verordnungen bestimmt sind, bis zum 1. Jan. 1864 fortzuerheben.

Kassel, 30. Juni. Das amtliche Gesetzblatt veröffentlicht das Gesetz vom 17. Juni d. J., die bei Uebertretungen der Gesetze über die innere indirekten Steuern eintretende subsidiäre Haftungspflicht betreffend; das Finanzgesetz vom 24. Juni, für die erste Finanzperiode von den Jahren 1861, 1862 und 1863; und das Gesetz vom 24. Juni, die Emission neuer Kassenscheine betreffend.

Berlin, 30. Juni. Die „N. Preuss. Btg.“ führt den Inhalt der neuen bayrischen Depesche in der Zollvereins-Angelegenheit auf folgende Sätze zurück:

- 1) Die kontrahirenden Regierungen wollen den Zollverein auf der früheren Basis fortsetzen und zu dem Ende verhandeln und einen Vertrag abschließen.
- 2) Treten nicht alle bei, so wird doch „die Kontinuität“ gewahrt und Nichtbeitretenden der Beitritt vorbehalten.
- 3) Sollte es rathlich sein, den Verein in zwei Gruppen zu theilen, so soll jede doch integrierender Theil des Zollvereins sein, und es soll Freiheit des Verkehrs mit inländischen Landes- und Industrieerzeugnissen bestehen.
- 4) Man will den österreichischen Vertrag von 1853 erneuern und erweitern.
- 5) Zu diesem Ende will man sogleich durch zu wählende Regierungen mit Oesterreich verhandeln.
- 6) Man will den Tarif im Sinne der Erleichterung mit Rücksicht auf die Verhältnisse zu Oesterreich reformiren.
- 7) Man will bei allen diesen und anderen Dingen nur in gemeinschaftlichem Einverständnis handeln und behält im Verkehr bleiben.

Die Berliner Blätter der verschiedensten Richtungen tabeln

*Kgl. Kammer zur Hochzeit.

(Fortsetzung aus Nr. 152.)

„Da hätte ich ein schönes Leben geführt,“ murmelte ich vor mich hin, „wenn ich als ein rechter Gimpel alle die Schandergeschichten und unheimlichen Dinge hätte verschlucken wollen, die rechtshaffene Anglimenschen und Lärmhämmer mir schon zum Besten gaben. Was habe ich zu fürchten, mögen die Zeitungen auch reden was sie wollen von ehrenlichem Aufstand und Mißvergnügen. Was! bin ich doch weder russischer Edelmann noch Epion, um vor der Volksthrone bange zu haben. Ich gehe.“

Und ich ging — erst per Eisenbahn nach Moskau, dann hinter der hirtlichen Troika (Dreispann) mit ihrem lustigen Schellengelingel und schallenden Rosseschusslag, die staubigen Sommertrögen entlang, die nach Batschuwag führten, das am Ufer des Dnieper, keine hundert Werste von der Stadt Moskau, liegt. Es war ja die Zeit des Jahres, da der Sommer allmählig in den Herbst übergeht, und durch die lange Dauer der warmen und trockenen Witterung der Anblick des Landes umgewandelt worden. Die Sümpfe waren so ausgetrocknet, daß sie einen Weg über Schlammstriebe gewährten, die in den meisten Jahreszeiten keinen Menschentritt zu tragen vermögen, und die Moore glänzen von Beeren — der Preiselbeere, der Heidelbeere, der Erdbeere, — während seltene wilde Blumen undbeachtet zwischen den torfigen Hügelchen neben den binsenbewachsenen Pfuhlen blühten. Die Fichtenwälder dufteten von dem eigenhümlichen würzigen Geruch, den die Millionen harzgebender Stämme aushauchten; der Roggen und die Gerste, der Rothweizen und die Wurzelgewächse standen alle, im warmen Sonnenschein reisend, aufs geblühete, und Rußland, das so düstere, lichte mir gleichsam in seinem besten Gewand in diesem heiteren Wetter zu.

Dagegen bemerkte ich andere Wandlungen im Lande, mit denen ich nicht so schnell zurecht kam. Die Haltung des Volks war nicht mehr

die nämliche, wie zur Zeit, da ich — unter dem vorigen Kaiser — in den nördlichen Landthäfen reiste. Damals hatte ich allerdings viel Gerabwürdigung, harte Behandlung, Bedrückung gesehen, aber auch viel sorglose Fröhlichkeit und lustiges Gebahren. Die Leute pflegten zu singen und zu tanzen, wie Reges an einem Feiertag. Jetzt hörte ich keine Lieder, außer der klagenben Weise, womit mein Fuhrmann, nach Art der russischen Possillone, seine rüßigen Köpfe anlang, und gewählte Reine munterten Gruppen, wie sonst, um die Thüre einer Schenke, die wegen ihres Wohlk [Brantwein] und Kwas [Art Bier] in anziehendem Ruf stand. Die Hüte stiegen nicht mehr herunter, wenn mein Gepann zum Pferdewechsel hielt, wie vordem, da der geringste Reisende in europäischem Anzug, als ein möglicher Edelmann oder jedenfalls als ein bevorrechtetes Mitglied des zahllosen Beamtenhums, des Fährin, angesehen ward. Und doch ließ sich die Erscheinung nicht aus Stumpfheit oder Gleichgültigkeit erklären, worin die Bevölkerung versunken gewesen wäre; im Gegentheil, ich hatte noch nie so viele Leute außer den Häusern, so viele in eifrigem Gespräch zusammenstehende Männer, so jugendfertige Versammlungen plaudernder Frauen, oder so scharf, forschende Blicke gesehen, wie sie auf mich in Stadt und Dorf geworfen wurden.

Allein verschwunden war die alte kriechende Ehrerbietung, das halbtierliche verwunderte Hängen aus den dunkeln Mongolenaugen, die den meinen überall begegneten, wo ein Trupp Muschikoff [Bauern, Leute der niederen Volkstasse] an der Schmelde lungerte oder an dem Ende einer jener inaxendeten Holzbrücken, welche die unzähligen Flüsse und Bäche Rußlands überbrücken. Es gab sich Neugier kund, zeigte sich die unruhige Helle eines plötzlich erweckten geistigen Lichts, und — noch etwas mehr — ein ruheloses drängendes Sehnen und Verlangen, wie von solchen, die an der Hoffnung nicht sich satt zehren können und des Wartens auf ihre Befriedigung überdrüssig sind, wobei jedoch die Staatsbehörden in mährischer Kleinmüthiger Stimmung erschienen und die Postmeister, die mir als grobe Selbstherrscher in ihren Gebieten

gedachten, ansahen, als ob sie sich vor ihren eigenen Stallrechten und Fuhrrechten fürchteten.

Endlich erreichte ich die Grenze der großen Güter des Fürsten Eminhoff und dann, in besügelter Fahrt durch Waldhölzer und grüne Wiesen, zwischen Zelbern, deren wissenschaftliche Besetzung von Baughan's Unterricht Zeugniß gab, und durch Ortschaften, sauberer als die meisten durch die ich gekommen war, das ebenfalls verhältnismäßig saubere Dorf und das Schloß Batschuwag. Dieses war ein großartiger Palast von italienischer Bauart, mit Marmor Säulen und Säulenhalle und einer langhingedeckten Vorderseite, wo die glühenden Fenster auf einen kleinen Park mit zahmem Wild, eine Reihe köstlicher Gärten und das Dorf herausgingen. Diese Gärten gaben an sich genug zu betrachten und zu lernen. Der sogenannte englische Garten mit seinem Lustgebüsch, Malenplatz und seiner Wildnis war die Schöpfung des gegenwärtigen Grundherrn; der französische Garten, mit leuchtenden Standbildern, Springbrunnen, beschneiten Feden und steilen Terrassen verbandte der Liebhaberei des letztverstorbenen Fürsten sein Dasein, während ein noch früherer Besitzer einem Einfall für einen — jetzt fast vernachlässigten — holländischen Garten geföhnt hatte. Die vorhandenen Orangerien und Treibhäuser mußten übrigens ungeheure Summen gekostet haben, und die Stallungen waren riesenmäßig. Das Dorf selbst war eine Sammlung hölzerner Häuser und Torfsütten, mit einem Bad von hübschen Verhältnissen, und einer Kirche in der üblichen byzantinischen Bauart.

Außer diesen stellte sich ein ungeheures Gebäu dar, die Baumwollensabrik, mit ihrem hohen Schlot, ihren vielen Fenstern und den langen Reihen von Schuppen darum, an der Erde der Parkmauer aber erschien, was mir wie ein Abschnitt aus einer Pariser Straße vorkam, der sich irgendwie in diese monströse Einöden verlaufen hatte: drei oder vier hochaufgeschossene steinerner Häuser, die sich aneinanderdrängten und wunderbar gegen das morgenländische Aussehen der Kirche und des Dorfs abstachen.

(Fortsetzung folgt.)

übereinstimmend das Vorgehen Bayerns in Sachen des Zollvereins. So schreibt z. B. die „National-Ztg.“:

In der Zollvereins-Frage schreitet die bayerische Regierung mit einer Hast vor, welche zeigt, daß sie den Augenblick nicht erwarten kann, wo alle Mienen springen, um entweder Preußen aus seiner Position herauszubringen, oder einen süddeutschen Verband vom Zollverein loszureißen und der Zollvereinigung mit Oesterreich entgegen zu führen.

Und an einer andern Stelle:

Nachdem Bayern somit unverhüllt das Aufgeben des französischen Handelsvertrags als Bedingung für die Erneuerung der Zollvereins-Verträge aufgestellt, hat es jetzt, noch ehe die verlangte Antwort von Seiten Preußens eingelaufen ist, einen weiteren Schritt gethan, der die Wiedererrichtung eines Sonderbundes im Zollverein, nach dem Muster der „Darmstädter Koalition“ bezweckt, also geradezu auf die Sprengung des Zollvereins gerichtet ist, ohne aus den rein politischen Motiven dieses für die eigenen Landesinteressen verhängnisvollen Strebens ein Geheimniß zu machen.

Die „Kreuzzeitung“ sagt:

Bestrebt man die bayerische Regierung, der wir bisher doch einen Staatsmann zugerechnet, in der That nicht vorgehen; auch nicht ziellos. Was würde das Resultat sein, wenn diese Agitation — sie wird nicht gelingen! — ihnen gelänge? Die Auflösung des Zollvereins, die Erbauung eines Lustschlosses und der höchste materielle Schaden für unsere Gegner.

Der Kronprinz ist, wie die Berliner Blätter melden, am 29. Abends in Stettin eingetroffen, wo ihn die Spitzen der Behörden am Bahnhof empfingen. Er war von Posen über Inowraclaw, Gnesen, Schneidemühl nach Jastrow, von da über Neu-Stettin nach Kolberg und Stargard gereist, und überall festlich empfangen worden.

Berlin, 1. Juli. Die „Kreuzzeitung“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ bestätigen, daß die Ankunft des Kaisers von Oesterreich in Karlsbad vermutlich nächsten Donnerstag zu erwarten sei. — Man schreibt der „Allg. Ztg.“: „Gegenüber der k. bayerischen Regierung zu Konferenzen über die Neubildung des Zollvereins hat das diesseitige Kabinett jetzt beschlossen, sich in Bezug auf den französischen Handelsvertrag zu keinerlei Konzessionen mehr verstehen zu wollen. Damit wäre die Sprengung des Zollvereins eine vollbrachte Thatfache.“ — Die Zeitungen sind fast fortwährend angefüllt mit Berichten über Preßprozesse, Zeitungsverwarnungen, administratives und polizeiliches Einschreiten gegen Versammlungen u. s. w. Es wäre ermüdend, dieses ewige Einerlei täglich im Einzelnen mitzutheilen. Für jetzt bemerken wir nur, daß z. B. die „Volksztg.“ dieser Tage, nicht weniger als Amalger Rechtsverletzung angeklagt, vor den Schranken stand und zu mehrfachen Geldbußen verurtheilt wurde. In Königsberg wurde am 25. v. M. eine Versammlung des Vereins der Verfassungsfreunde aufgelöst, als der erste Redner in seiner politischen Rundschau der Vorgänge in Mühlhausen gedachte. Ein am 24. von der Staatsanwaltschaft freigegebenes Flugblatt wurde am folgenden Tage auf's neue polizeilich mit Beschlag belegt.

Wien. Die „Allgem. Ztg.“ theilt den Wortlaut eines „Erlasses des Grafen Rechberg an den Fürsten Schönburg (Offizier-Gesandten) in München“ vom 26. März d. J. in der Zollvereins-Sache mit. Der Hauptinhalt dieses Aktenstückes liegt in folgenden Schlüssen:

Bereits in den Erlassen an den kais. Gesandten in Berlin vom 26. Juli und 21. August v. J. haben wir die Einleitung der auf Grund des Artikels 25 des Handels- und Zollvertrages vom 19. Febr. 1853 zu pflegenden Unterhandlungen förmlich in Anspruch genommen und die Propositionen vom 10. Juli als unser Programm für diese Unterhandlungen bezeichnet. Wir wiederholen diese Erklärung nunmehr gegenüber den zu gemeinsamer Beratung versammelten Zollvereins-Regierungen.

Daß uns hierbei ein bestimmtes vertragmäßiges Recht zur Seite stehe, dürfen wir bereits als anerkannt und in der allgemeinen Ueberzeugung feststehend betrachten. Auch die kgl. preussische Regierung hat uns in dem Erlass des Grafen v. Bernstorff an den k. Gesandten in Wien vom 6. Aug. v. J. die Versicherung ertheilt: daß sie weit entfernt sei, die im Art. 25 des Vertrags vom 19. Febr. 1853 eingegangene gegenseitige Verpflichtung, aus dem Grunde, weil sie zu der für ihre Ausführung bestimmten Zeit nicht in Anspruch genommen worden ist, als erloschen zu betrachten. Die zwölftägige Vertragsperiode naht sich bereits ihrem Ende, und es liegt am Tage, daß die mehr als je von einem endlichen Abschluß entfernteren Unterhandlungen mit einer dritten Macht kein rechtsgiltiges Motiv bilden können, und die Erfüllung eines Verlangens, zu welchem der bestehende Vertrag und berechnung, noch länger zu verlagern. Und so wie der Rechtspunkt feststeht, so läßt nach unserer innigen Ueberzeugung auch das allseitige Interesse sämmtlicher Theilnehmender nicht weniger klar und bestimmt den Eintritt des Zollvereins in die Unterhandlung mit uns als das nächste Erforderniß der Lage erscheinen. Im Verlauf des Streites haben sich die Meinungen unverkennbar zu klären begonnen, und die kais. Regierung darf vielleicht heute schon auf Zustimmung im weitesten Kreise hoffen, wenn sie ausspricht, daß in einer unbefangenen und bundesfreundlich entgegenkommenden Prüfung ihrer Vorschläge das sich von selbst darbietende Mittel gegeben sei, den Fortbestand des Zollvereins und seine engere Verbindung mit Oesterreich sicher zu stellen, und nach Erreichung dieser großen nationalen Zwecke, die nach Zug und Recht den Vorzug vor der Regelung der Beziehungen zum Ausland verdienen, auch dem ohne Zweifel vorhandenen Bedürfniß einer zeitgemäßen Erleichterung und Belebung des Verkehrs mit dem europäischen Westen gerecht zu werden.

Es. x. wollen die vorstehenden Bemerkungen nicht nur zur Kenntniß der kais. bayerischen Regierung bringen, sondern auch dieselbe ersuchen, es gefälligst übernehmen zu wollen, im Anschluß an die Mittheilungen, die sie in Bezug auf die Vorschläge Oesterreichs in eigenem Namen an die Generalkonferenz zu bringen in dem Fall ist, ihren Vereingenossten auch die gegenwärtige Erklärung beantwortend vorzulegen, falls sie dies, wie wir hoffen, den Ueberzeugungen entsprechend finden wird, die sie in dieser Angelegenheit zu unserer hohen Genehmigung mit uns theilt. Zu solchem Zweck wollen Es. x. dem kais. Minister des Aeußern eine Abschrift dieser Depesche in Händen lassen. Empfangen x.

Italien.

Furin, 29. Juni. Der König ist nach Baldieri ins Bad

gereist. Das Nationalkomitee in Rom hat in einer Proklamation die Römer aufgefordert, alle Beziehungen zu den Anhängern der Bourbonen abzubrechen.

Turin, 30. Juni. Prinz Amadeus von Savoyen tritt nächsten Montag eine Reise nach der Schweiz, an den Rhein, nach Schweden, Holland und Belgien an.

Frankreich.

Paris, 30. Juni. Das „Pays“ bringt eine Angabe des Inhalts der von Hrn. Drouyn de Lhuys an den Fürsten Gortschakoff gerichteten letzten polnischen Note. Die Note führt die bekannten sechs Punkte auf, über welche die Mächte sich vereinbart haben; sie sagt, daß mehrere dieser Punkte den Absichten des Zaaren, alle aber den Verträgen entsprechen, und drückt die Hoffnung aus, Rußland werde sie als Grundlage der Verhandlungen annehmen. Die drei Höfe, sagt die Note hinzu, wenden sich auch im Namen der Menschlichkeit für Beendigung des blutigen Kampfes an Rußland, welches gleichfalls das Aufhören der Feindseligkeiten wünschen müsse, während Polen dasselbe nicht verweigern könne, ohne seine Lage zu verschlimmern. Das Zusammenwirken der acht vertragsunterzeichnenden Mächte bei den Verhandlungen wird als selbstverständlich angedeutet. Zum Schluß sagt die Note, Gewalt könnte die polnische Frage durchhauen, ohne sie zu lösen; aber der Weg der Unterhandlung sei der einzige, auf welchem zu einer des Jahrhunderts würdigen Lösung zu gelangen sei.

Paris, 1. Juli. Es ist fortwährend die Rede davon, daß Hr. v. Persigny nach St. Petersburg kommen solle. Von neuem taucht auch das Gerücht auf, daß Graf Walowski den Baron v. Gros in London ersehen soll, sobald für Letztern eine andere passende Stelle gefunden sein wird.

Der Reise des Kaisers von Oesterreich nach Karlsbad, wo der König von Preußen sich befindet, legt man in hiesigen offiziellen Kreisen keine politische Bedeutung bei. Man hebt im Gegentheil hervor, daß Kaiser Joseph, um diesem Besuche offen den Stempel einer bloßen Höflichkeit aufzudrücken, es vermied, sich vom Grafen Rechberg begleiten zu lassen. — Die „France“ widerlegt heute die von mehreren deutschen Blättern gebrachte Nachricht, daß in den französischen Zeughäusern große Kriegsvorbereitungen getroffen würden. Diese Nachricht, sagt die „France“, ist vollständig erfunden. Dagegen bestätigt dieses Blatt, sowie die „Nation“, daß mehrere Fahrzeuge mit Truppen und Material nach Mexiko abgehen. — Die Nachricht von der Flucht Ortega's hat, wie man sich denken kann, aufs unangenehmste überrascht. Noch dieser Tage sagte der halboffizielle „Arme-Moniteur“: „Zuarez hat nur einen wirklich fähigen Offizier, der im Stande gewesen wäre, zu Mexiko einen Widerstand zu organisiren: Ortega, und dieser ist unser Gefandener.“ Die nicht entflohenen Offiziere wurden sofort nach Frankreich eingeschifft. — Bekanntlich wird England von den Mächten die Garantie für ein neues griechisches Anlehen und die Ermächtigung verlangen, zur Sicherheit des neuen Griechenkönigs bis auf Weiteres Garnison auf Korin und zu Athen halten zu dürfen. Hr. Drouyn de Lhuys antwortete bereits dahin, daß die kais. Regierung gegen den zweiten Punkt durchaus nichts einzuwenden habe, dagegen weder von irgend einer Theilnahme bei oder einer Garantie für ein neues griechisches Anlehen irgend Etwas wissen wolle.

Der „Moniteur“ bringt heute die Zusammensetzung des Bureau's des Gesetzgeb. Körpers. — Die Jury der Kunstausstellung hat ihre Arbeiten beendet und so viel man hört für Malerei 3 erste, 6 zweite und 12 dritte Medaillen verliehen; unter Letzteren sind der Preuze Heyden, und der Belgier van Hove und der Peruvianer Merino. Auf die Bildhauerei kamen 2 erste, 4 zweite und 6 Medaillen 3. Klasse. — Ferner schreibt der „Moniteur“ eine allgemeine Industrie- und Kunstausstellung für den Monat Mai 1867 aus. — Die Beerdigung des Fürsten Polignac, Schwiegerjohns des Hrn. Miris, fand heute mit großem Gepränge statt. — Börse. Die heutige Liquidation der Rente war den Käufern wenig günstig. Rente bleibt 68.20 nach 68.10, während der Report auf 32 c. stieg; Credit Mob. 1160 nach 1150. Ital. Anl. 73.

Nantes, 1. Juli. Eine furchtbare Feuersbrunst hat gestern 15 große Gebäulichkeiten, größtentheils Fabriken, in der Rue Chateau-Driand und auf dem Quai Versailles zerstört. Es sind verschriebene Leute verwundet worden. Der Schaden soll ungemein groß sein.

Belgien.

Brüssel, 29. Juni. (Köln. Ztg.) Der König ist völlig wieder hergestellt. Die letzten Operationen haben einen dermaßen glücklichen Erfolg erreicht, daß der behandelnde Arzt, Dr. Thompson, seine Aufgabe als beendet angesehen hat und nach London zurückgereist ist.

Rußland und Polen.

Aus **St. Petersburg, 29. Juni,** wird telegraphirt, daß in der Nacht vom Samstag zum Sonntag ein durch Nachlässigkeit verschuldeter Brand in der Schlosskapelle von Tsarskoje-Selo ausgebrochen war und einen Theil der Kapelle, sowie vier antiken Zimmer des Schlosses verzehrt hat, bevor man seiner Herr werden konnte.

Warschau, 28. Juni. (Nat.-Ztg.) Der große Kassendiebstahl ist der Regierung sehr empfindlich, und es soll von Petersburg der Befehl eingetroffen sein, in Ermangelung des entwichenen Kassirers und seines Gehilfen das zurückgebliebene Personal zu bestrafen. In Folge dessen ist der Direktor der Finanzabtheilung, Janiszewski, ein 70jähriger Greis, der Stellvertreter des Kassirers Orzel und ein Kassendeckel Namens Szubinski am Freitag verhaftet worden. — Inzwischen führt die Nationalregierung ihre Verwaltung mit einer Energie durch, als ob gar keine Russen im Lande wären. Ihre neuesten (bereits telegraphisch angebeuteten) Dekrete verbieten sogar die Benützung der Petersburger Eisenbahn; sie sind wohl das Kühnste, was sie bis jetzt geleistet hat, und lauten wörtlich:

1. Die Nationalregierung. In Erwägung, daß der Theil der Petersburg-Warschauer Eisenbahn innerhalb der Grenzen Polens, sowie die Bahn von Landwerow über Kowno bis zur preussischen Grenze für jetzt der Sache des Vaterlandes nachtheilig ist, beschließt: 1) Der Betrieb des Theils der Petersburg-Warschauer Eisenbahn innerhalb der Grenze Polens, sowie deren Telegraphenlinie wird geschlossen. 2) Der Betrieb der Bahn von Landwerow über Kowno und Wirballen bis zur preussischen Grenze und deren Telegraphenlinie wird geschlossen. 3) Das den Betrieb dieser Bahn wieder freigebende Dekret wird seiner Zeit öffentlich bekannt gemacht werden. 4) Allen Zivil- und Militärbehörden wird die Ausführung dieses Dekrets befohlen. Warschau, den 21. Juni 1863.

II. Die Nationalregierung. In Entwicklung des Dekrets vom 21. Juni beschließt: Art. 1. Den bei der Petersburger Hauptadministration angelegten Beamten zur Expedition der Züge wird verboten, solche auf dem Theil der Petersburg-Warschauer Eisenbahn, der innerhalb der Grenzen Polens liegt, sowie auf der Bahn von Landwerow über Kowno bis zur preussischen Grenze zu expediren. Art. 2. Diese vorläufig geschlossenen Bahnhöfe sollen sofort von den Bahnwärttern und Arbeitern verlassen werden, welche in den nächsten Gemeinden untergebracht und einwärts werden sollen. Es wird den Mechanikern verboten, die Lokomotiven zu fahren, weder allein noch mit Zügen. Art. 4. Den Telegraphisten wird verboten, Depeschen abzuschicken. Art. 5. Privatpersonen wird verboten, zu fahren oder irgend welche Sendungen mit diesen Bahnen abzuschicken. Art. 6. Es wird verboten, Waren abzuladen. Art. 7. Die die Art. 1, 2, 3, 4 Uebertretenden werden vor das Revolutionstribunal gestellt werden. Die, welche Art. 5, 6 übertreten, werden außer ihrer Verantwortlichkeit noch sich selbst den Verlust ihres Lebens und Vermögens zuschreiben haben, da jeder Zug der Gefahr ausgesetzt sein wird. Art. 8. Obiges Dekret wird allen Zivil- und Militärbehörden x. c. Warschau, 22. Juni 1863.

Großbritannien.

London, 30. Juni. Gestern kam die polnische Angelegenheit wieder in beiden Häusern des Parlaments zur Sprache.

Im Oberhause fand ein Antrag des Marquis of Clanricarde beauftragt mehrere alter, Polen betreffender Aktenstücke auf der Tagesordnung. Er sollte Veranlassung zu einer Diskussion oder Konversation über Polen geben. Earl Russell stellte aber an den edlen Lord das Ansuchen, eine Debatte über Polen vorerst nicht anzuzugehen, denn sie würde das öffentliche Interesse gefährden und auf jeden Fall die Last der Verantwortlichkeit, welche die Regierung übernommen hat, vermehren. Die Noten, oder richtiger gesagt Depeschen, seien von den Gesandten Englands, Frankreichs und Oesterreichs wahrscheinlich erst am Samstag in Petersburg übergeben worden. Fürst Gortschakoff habe erwidert, er werde die Befehle seines Kaisers einholen; eine Meinung ist aber von der russischen Regierung bis jetzt nicht geäußert worden. Unter diesen Umständen würde eine Diskussion im Oberhause nachtheilig auf die Erwägung der von den drei Mächten gemachten Vorschläge zurückwirken, und er (Russell) hoffe, daß sein edler Freund wenigstens so lange warten wolle, bis weitere Nachrichten aus Petersburg eingetroffen seien. Er selbst sei, wie früher bemerkt, bereit, die russische Antwortdepesche sofort zu veröffentlichen. — Der Marquis of Clanricarde erklärt sich mit Vergnügen bereit, dem Wunsch Earl Russell's nachzukommen. — Der Earl of Derby findet dies ganz in der Ordnung; doch scheint es ihm sonderbar, daß eine Debatte über Polen im Hause der Lords als nachtheilig betrachtet werde, während der Premier eine solche im Unterhause für unvermeidlich erklärt habe. Es scheint unangenehm, daß die beiden Herren, welche in beiden Häusern die auswärtige Politik der Regierung vertreten, sich früher über ihre Ansichten einigermassen verständigten. (Hört und Heiterkeit.) Earl Russell: Die Verantwortlichkeit für die Vertagung des Antrages übernehme er gern; den Premier zu vertheidigen, halte er aber für überflüssig. Es sei sehr gut denkbar, daß gegen eine Diskussion im Unterhause vor acht oder zehn Tagen nichts, und gegen eine Debatte im Oberhause am heutigen Tage sehr viel einzuwenden sei. Und ebenso sei es durchaus nicht absolut nothwendig, daß, wenn ein Minister vor acht Tagen Etwas behauptete, ein anderer Minister acht Tage später unter veränderten Umständen dieselbe Behauptung wiederholen müsse. (Hört und Heiterkeit.) — Der Marquis of Clanricarde zieht seinen Antrag zurück.

Im Unterhause kündigt Mr. Maguire für den nächsten Tag ein Amendement zu dem die Anerkennung der südpolnischen Regierung bezweckenden Antrag Mr. Roches an, des Inhalts, daß die Regierung vom Unterhause aufgefordert werde, gemeinschaftlich mit dem Kaiser der Franzosen den kämpfenden Parteien im Interesse der Menschlichkeit und einer ruhigen Erörterung der Lage einen Waffenstillstand anzuzuschließen. — Eine Interpellation Hennessy's erwidert Hr. Layard dahin, es sei von Petersburg aus der Empfang der drei Noten bestätigt worden; sonst aber habe seines Wissens die russische Regierung noch keine Erklärung abgegeben. — Später im Verlaufe der Sitzung kommt Horsman auf diese Antwort Layard's zurück. Er erklärt sich von derselben nicht befriedigt, denn es heiße allgemein, daß schon am Samstag eine Antwort aus Petersburg hier eingetroffen, und es müsse ausfallen erscheinen, daß die Regierung 48 Stunden lang gewartet haben sollte, ohne bei der russischen Gesandtschaft anzufragen. Angesichts des herannahenden Schlußes der Session wünsche er auf die Gefahr hinzuweisen, daß das Parlament in eine ähnliche Lage wie vor 10 Jahren gerathen könne. Damals — zur Zeit der orientalischen Wirren — sei die Sache durch die Schuld Oesterreichs, das sein eigenes Spiel gespielt, verwickelt worden, und ähnlich sei es jetzt. Eine parlamentarische Diskussion solle der diplomatischen Aktion nicht folgen, sondern vorangehen.

Die 130 Polen, welche den vergeblichen Versuch gemacht hatten, zu ihren Landesleuten zu stoßen, in Schweden angehalten und auf einem schwedischen Regierungsdampfer wieder nach England zurückgebracht worden waren, befinden sich dormalen in Woolwich, woselbst sie von den Einwohnern und der Garnison mit freundlicher Aufmerksamkeit behandelt werden. Sie haben die Hoffnung nicht aufgegeben, ein zweites Mal glücklicher zu sein, und das hiesige Polentkomitee ist bemüht, für die Mittel ihrer Heimreise zu sorgen.

London, 30. Juni. Oberhaus. Auf eine Interpellation des Lord Shaftesbury erwidert Earl Russell, General Murawiew habe für Trauer tragende Frauen Geld und nicht Knutenstrafe angeordnet. Dem Lord Stratford antwortet der Staatssekretär des Aeußern auf eine bezügliche Anfrage, der französische Gesandte am Hof der Königin Viktoria habe in Abrede gestellt, daß Frankreich beabsichtige, England Anträge wegen einer Vermittelung in Amerika vorzulegen. Graf

Derby protestirt gegen die Abtretung der Ionischen Inseln, weil dieselbe England benachteilige, ohne für Griechenland von Nutzen zu sein. Carl Russell seinerseits verteidigt die Abtretung und erklärt, England leite eine darauf bezügliche Konferenz der Großmächte ein; bereits hätten Frankreich und Rußland freundliche Zusicherungen gegeben. Er bemerkte auch noch, die Schleifung der Festungswerke von Korfu dürfe notwendig erscheinen, weil dieselben für Griechenland zu ausgebeutet, für die andern Mächte aber eine beständige Versuchung seien.

London, 1. Juli. Unterhaus. Roebuck stellt seinen schon angekündigten Antrag auf Anerkennung der Südstaaten. Bright und Gladstone sind die Hauptredner gegen den Antrag. Die Debatte wird schließlich vertagt. Lord Palmerston, der wieder an Gicht leidet, war abwesend.

Amerika.

*** Neu-York, 19. Juni.** Die Nachrichten vom Einfall der Südstaatlichen in Pennsylvania sind übertrieben; es haben nur 3500 Mann die Grenze dieses Staates überschritten. Die Unionisten stehen in Hagerstown, Harrisburg und Pittsburg, wo sie sich befestigt haben. Man glaubt an einen Angriff Lees gegen Washington. Seine Armee stand Dienstag in Thoroughfare, 40 Meilen westlich von Washington. Am Mittwoch fand ein Treffen zwischen der unionistischen Kavallerie und einer südlischen Brigade statt. Letztere wurde geschlagen und 5 Meilen weit verfolgt. — In der Lage von Vicksburg hat sich Nichts geändert.

*** Neu-York, 20. Juni.** Das Korps des Generals Sherman hat sich den Bastionen von Vicksburg bis auf 20 Meter genähert.

Der „Richmond Enquirer“ zeigt an, daß die Kanonenboote des Nordens den Chickahominy bis 5 Meilen vor Richmond heraufgefahren sind. Eine Landmacht von 15,000 Mann wirkt bei dieser Expedition mit.

Der englische Konsul von Richmond ist im Fort Monroe angekommen. Präsident Davis begreift nicht, daß Lord Lyons Nichts von der Existenz der südstaatlichen Regierung weiß; er verbietet für die Zukunft alle Beziehungen zwischen den im Süden befindlichen auswärtigen Konsuln mit den Gesandten ihrer Nation in Feindesland.

*** Neu-York, 20. Juni.** Die Armee Lees rückt in 3 Kolonnen gegen die Unionsarmee unter Hooker vor. Die Südstaatlichen sind am Mittwoch über den Potomac gegangen. Sie haben Pennsylvania nicht vollständig geräumt und halten Greencastle besetzt.

Erstes badisches Landesfest.

4 Mannheim, 2. Juli. Alle Schießstände waren gestern während des ganzen Tages besetzt. Am Schluß des Festes werden zum mindesten 150,000 Schüsse gefallen sein. Auf die Festschützen wird im Allgemeinen recht gut geschossen. Die Becher reichen bei weitem nicht aus und hat bereits eine Nachbestellung stattgefunden, da nur Wenige 30 fl., statt Becher, nehmen.

Das gestrige Mittagsbanket war weniger zahlreich besucht in Folge der Wasserfahrt und Waldpartie, über welche nur eine Stimme, die der größten Verliebtheit herrscht. Am Abend war die Halle überfüllt und dicht gedrängte Scharen standen außerhalb derselben. Die milden lauen Lüfte der Julinacht, die patriotischen Reden und Gesänge, die guten Speisen und Getränke hielten Tausende bis Mitternacht auf dem Festplatze. Während im Innern der Hallen das Schimmer von hundert und hundert Stein-Flammen strahlte, lag außen der Silberstein des Vollmonds. Unter den Rednern am Abend machen wir die H. P. Retorius aus Alzei und R. Scholl von hier namhaft. Das Hoch des Erstern galt den Kämpfern für die deutsche Reichsversaffung, und das des Andern dem Genius der Menschheit, dem deutschen Manne, unserem Friedrich Schiller. Was Scholl sprach, waren wahre, edle, innige Worte reiner Gefühlswelt und vaterländischen Sinnes, Worte, die fern von aller salbungsvollen Emphe, einen tiefen, nachhaltigen Eindruck auf die Gemüther aller Anwesenden machten und begeisterte Einstimmung in die Hochrufe hervorbrachten.

Heute strömen abermals zahlreiche Festbesucher von den Bahnhöfen nach der Stadt; ihr Besuch gilt nicht nur dem Festplatze; auch die Bildergalerie, das Atelier des Hrn. Hofmalers Weller, die Antiken, das naturhistorische Museum, wozu überall freier Zutritt ist, werden besucht. Am Abend findet heute Festball in den vereinigten Sälen des großh. Hoftheaters statt.

Mannheim, 1. Juli. Ueber das Waldfest fügen wir aus einem Berichte des „Mannh. Journ.“ noch Folgendes bei: Schon um 5 1/2 Uhr Morgens eilten Tausende von Menschen nach dem Ufer des Rheins, um die dort liegenden festlich geschmückten Dampfboote zu besteigen. Auch viele Frauen nahmen an dem Ausfluge Theil.

Unter dem Donner der Böller und festlichem Musikklang segten sich die tiefen Dampf „Friedrich der Große“ und „Nathias Sinnes“ in Bewegung, während eine zahllose Menschenmenge vom Ufer her den Abfahrenden vielfache Hochrufe nachsandte. An der Landungsbrücke bei Neckarau wurden die Festgäste von dem dortigen Gesangverein bewillkommt; man verließ die Schiffe und eilte dem Festorte zu, der festlich ungleich weniger Schatten bot, als der Name „Wald“ erwarten und die starke Sonnengluth wünschen ließ. Auch die Vorrichtungen zur Bewirtung so vieler Gäste waren nicht gerade die ausgezeichnetsten. Indes dies konnte die heitere Stimmung der Gesellschaft nicht stören, und bald entwickelte sich auf dem grasigen Boden ein heiteres Tanzvergnügen, an welchem auch manche Schöne aus Neckarau Theil nahmen. Nach 10 Uhr kehrte man, durch Signalglocken aufgefordert, wieder in die Schiffe zurück und fuhr rheinabwärts nach Mannheim, wo man nach manchem Hin- und Herfahren auf den grünen Wellen des Rheines eben ankam, als die Sonne ihre Mittagshöhe erreicht hatte.

Bezüglich des Schießens ist noch zu bemerken, daß bis zum Mittag auf den Standescheiben im Ganzen 30, auf den Feldescheiben 72 Becher ausgeschossen waren. Wie wir aus der betreffenden Liste sehen, haben besonders Frankfurter Schützen auf die Feldescheiben vortrefflich geschossen; unter 56 Preisbüchern kamen nicht weniger als 22 an Frankfurter, 21 an derselben Zahl fielen auf badische Schützen.

Bis nächsten Samstag wird dabei eine Versammlung von Abgeordneten aus Baden, Württemberg, Nassau, Frankfurt

a. M. stattfinden, bei welcher Gelegenheit mehrere derselben als Redner bei dem Banket auftreten werden.

Baden.

S Pforzheim, 1. Juli. Gestern wurde durch Hrn. Oberschulrath Pflüger, als landesherrlichem Kommissär, die Prüfung des hiesigen großh. Taubstummeninstituts vorgenommen, und lieferte dieselbe, wie sich auch der Prüfungskommissär aussprach, wiederum den Beweis von den wohlthätigen Folgen eines zweckmäßig erteilten Unterrichts, sowie von dem Fleiße und dem berufstreuen Wirken des betreffenden Lehrpersonals überhaupt. Die Anstalt hatte im abgelaufenen Schuljahr 95 Zöglinge, wovon nun 18 austreten. Die Zahl der Lehrer beträgt, außer dem Vorstande, sechs, wovon vier Hauptlehrer und zwei Unterlehrer sind.

S Pforzheim, 1. Juli. Bei der auf heute evangelischer Seite anberaumten Wahl der Beiräte bezugs der vom großh. Oberschulrath eingeleiteten Verhandlungen über die Reform des Volksschulwesens wurden im Ganzen nicht weniger als 61 Lehrer erwählt, wovon Hauptlehrer Leih von Brödingen die meisten Stimmen, und zwar deren 28, erhielt. — Auf heute war auch, da die letzte ungültig war, eine neue Wahl eines zweiten Bürgermeisters für hiesige Stadtgemeinde angeordnet. Dieselbe konnte aber gar nicht stattfinden, da das Wahlkollegium unvollständig war.

3 Heidelberg, 2. Juli. Gestern ist Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar hier eingetroffen, um seinen auf der hiesigen Universität studirenden Sohn, den Erbprinzen, mit einem Besuche zu erfreuen. Höchstselbe hat sein Absteigequartier gleichfalls in Müller's Victoria-Hotel genommen, und wird, wie wir hören, einige Tage hier verweilen. In einigen Wochen wird auch die Frau Großherzogin nebst Prinzessinnen-Töchtern zum Besuche hier eintreffen.

4 Baden, 30. Juni. Die vom Gemeinderath in Konstanz entsendete Deputation übergab heute dem gegenwärtig hier weilenden Hrn. Oberbaurath Gerwig von Karlsruhe Namens der Stadt Konstanz einen werthvollen vergoldeten Silberpokal. Derselbe wurde durch die Künstlerhand des Goldarbeiters R. Hoz von Konstanz gefertigt und trägt in erhabenen gothischen Buchstaben die Widmung: „Dem Erbauer der Eisenbahn und der Rheinbrücke, dem großh. bad. Oberbaurath R. Gerwig, die Stadt Konstanz 1863.“

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 2. Juli. Aus dem von Geh. Rath Dr. Bluntzli der Ersten Kammer erstatteten Kommissionsbericht zu dem Gesetzentwurf über die Organisation der innern Verwaltung theilen wir unsern Lesern nachfolgend den allgemeinen Theil mit:

„Unter den zahlreichen und wichtigen Gesetzentwürfen, welche die großh. Regierung dem gegenwärtigen Landtag vorgelegt hat, nimmt der Entwurf über eine neue Verwaltungsorganisation eine hervorragende Stelle ein, theils wegen der eingreifenden Neuerungen, welche beantragt werden, theils aus dem umfassen und vielfältigen Wirkungen willen, welche die Ein- und Durchführung der neuen Organisation für die öffentliche und die Privatwohlthat haben wird.“

Der Versuch, welcher in den aufgeregten Jahren 1848 und 1849 gemacht worden ist, die innere Verwaltung und die Verwaltungsrechtspflege durch Gesetze neu zu ordnen, ist bekanntermaßen verunglückt. Der Gesetzentwurf des Ministers Beck über die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes vom 13. November 1848 ist mit Rücksicht auf die unruhigen Zeiten von den Kamern gar nicht in Betracht gezogen worden. Der Entwurf desselben Ministers über die innere Verwaltung ist zwar verhandelt worden; es ist ein Gesetz darüber zu Stande gekommen und am 10. Apr. 1849 veröffentlicht worden. Aber die schwere Erschütterung der ganzen bestehenden Ordnung, welche wenige Wochen später eintrat, machte die Einführung des Gesetzes in's Leben unmöglich, und die darauf folgende Periode war mehr darauf bedacht, die alten Autoritäten wieder neu zu stärken, als eine neue Entwicklung einzuleiten. Jenes Gesetz von 1849 bezog sich übrigens nur auf die Mittelstufen der Verwaltung zwischen den Gemeinden und der zentralen Landesverwaltung. Durch dasselbe wurden die Kreisregierungen und die Bezirksämter (die Amtsrevisorate inbegriffen) für aufgehoben erklärt und sämtliche Verwaltungsorgane, welche seit der Revolution obgelegen hatten, an die neu zu bildenden Kreisverwaltungen übertragen, welche aus dem Kreisamt, der Kreisversammlung und dem Kreisauschusse bestanden sollten.

Unser Entwurf dagegen behält die Bezirksämter bei, aber gibt ihnen eine vollstänndigere Organisation, und indem er die Kreisregierungen aufhebt, sorgt er zugleich für den nötigen Ersatz in dem Ministerium des Innern. Endlich unterscheidet er sorgfältiger die Interessenverwaltung einerseits, die er wesentlich der Selbstverwaltung der Bürger überläßt, und die Staatsverwaltung und die Verwaltungsrechtspflege andererseits, in denen sich die Staatsautorität äußert, und welche behalbs von wirtlichen Beamten geleitet oder besorgt werden. Ueberhaupt macht er den Eindruck einer genialen Schöpfung, und wenn auch die Einführung der neuen Organisation keineswegs gefahrlos erscheint, so sind wir doch im Einverständnis mit der Zweiten Kammer der Meinung, daß das Wagniß zu unternehmen und der Plan der großh. Regierung auszuführen sei.

Die gegenwärtige Lage ist auch für eine solche Arbeit weit günstiger, als die des Jahres 1849 war, in welchem die politischen Leidenschaften flürmischer und die politische Bildung weniger verbreitet waren. Die Erfahrungen der Zwischenzeit sind nicht fruchtlos geblieben. Es denkt Niemand mehr daran, die Unentschiedenheit der liberalen Meinung nach dem Grade des Oppositionsgrades gegen die Staatsregierung zu messen; und man hält die Abneigung und das Mißtrauen gegen die Selbstverwaltung der Bürger und gegen ihre Theilnahme an der Staatsverwaltung nicht mehr für Kennzeichen besonderer Regierungsweisheit. In diesem Entwurf geht die Staatsregierung, ohne dazu irgendwie von außen her gedrängt zu sein, aus eigenem Antriebe mit Vorschlägen voran, durch welche die politische Selbständigkeit der Bürger sehr erheblich erhöht und gestärkt werden soll; und so wenig ist eine Ueberbürdung von Seite der Volksbewegung zu fürchten, daß eher Besorgnisse vermieden werden, ob die politische Bildung schon so allgemein, und die Opferfreudigkeit und die Arbeitslust so stark sei, daß die Bürger den gespannten Hoffnungen der Regierung entsprechen und sich den Anstrengungen willig und mit Geduld unterziehen werden, ohne welche weder eine Selbstverwaltung der gemeinsamen Interessen, noch die Einführung von Ehrenämtern in die Staatsverwaltung gewagt werden dürften.

Die Anordnung und Redaktion des Entwurfs hat durch die Berathung der Zweiten Kammer einige Aenderungen erfahren, mit denen sich die

großh. Regierung einverstanden erklärt hat. Deshalb und da der Entwurf doch keine vollständige Darstellung der ganzen Verwaltungsorganisation enthält, sondern sich begnügt, einzelne Hauptbestimmungen herauszugeben, halten wir es für den Umständen angemessen, so viel möglich diesen Vorgängen und anzuschließen, wenngleich manche Wünsche einer vollständigeren — auch die Gemeinden mit umfassenden Ordnung und einer verbesserten Fassung in Folge dessen zurückgebrängt werden müssen. In dieser einseitigen Begutachtung aber wird es zweckmäßig sein, vorerst die Haupteinrichtungen zu unterscheiden und an diese Unterscheidung einige allgemeine Bemerkungen anzureihen.

Dieselben lassen sich wohl übersichtlich so ordnen:

- I. Staatsverwaltung in ihren beiden Stufen:
 - A. für das ganze Land: Ministerium des Innern, Landeskommissäre, Verwaltungshof;
 - B. in den Amtsbezirken: Amts- (Bezirks-) Räte.
- II. Selbstverwaltung der Kreise und Bezirksverbände, Kreisversammlungen und Kreisauschüsse, Kreishauptmann.
- III. Verwaltungsrechtspflege. Amts- (Bezirks-) Räte (Kreisverwaltungsrechtspflege) in erster, Rekurshof (Verwaltungsgerichtshof) in zweiter Instanz.

Da immerhin die Verwaltung im eigentlichen Sinn (Staats- und Selbstverwaltung) etwas wesentlich Anderes ist, als die Verwaltungsrechtspflege, obwohl die Organe der Staats- und Selbstverwaltung zugleich untere Instanz in der Verwaltungsrechtspflege sind, so dürfte es zweckmäßig sein, diesen Gegenstand schon in dem Titel anzudeuten. Wir schlagen daher als Titel vor: „Gesetzentwurf über die Organisation der innern Verwaltung und der Verwaltungsrechtspflege.“ (Fortsetzung folgt.)

† Karlsruhe, 2. Juli. 105. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 3. Juli, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung von Berichten der Petitionskommission.

Vermischte Nachrichten.

— Die Regierung in Arnberg (Westphalen) hat in einem Zirkularerlaß die Schulinspektoren angewiesen, die ihnen untergebenen Lehrer anzuweisen, den Tagesblättern künftig keinerlei Mittheilungen zu machen.

— Wien, 27. Juni. (Ndb. Post.) Hr. Thiers wohnte einem großen Theil der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses in der Diplomatensloge bei. Er äußerte den Wunsch, mehrere Abgeordnete, deren Namen er nannte, kennen zu lernen. Dieser Wunsch wurde im Saal den Betreffenden mitgetheilt, die jedoch, um Demonstrationen zu vermeiden, den Saal nicht verlassen wollten. Dagegen wurde die Anordnung getroffen, Hrn. Thiers, bevor er das Haus verließ, in das Präsidialbureau zu führen, wo ihn zwei Abgeordnete erwarteten und ihm dann eine Reihe von Kollegen vorstellten. Auch der Präsident und der Vizepräsident erschienen einen Augenblick, um einige Worte mit dem Gast zu wechseln; Letzterer war sehr angethnt und gesprächig. „Er habe erwartet“, sagte er, „in eine noch junge und unerfahrene parlamentarische Versammlung zu treten; er habe jedoch nach Allem, was er gelesen, gehört und gesehen, zu seiner Ueberraschung gefunden, daß hier ein Parlament versammelt sei, das auf der Höhe seiner Aufgabe stehe.“ Die bekannte Ähnlichkeit des Abg. Dr. v. Rühlfeld mit Napoleon I. interessirte ihn lebhaft. Er erkundigte sich nach dem Verhältnis der Tschachen und der ruthenischen Bauern, die er auch während der ganzen Zeit, welche er im Saale anwesend war, nicht aus dem Auge ließ. Die heitere Lebhaftigkeit des noch ganz frischen und wohlkonfervirten alten Herrn erregte bei allen Abgeordneten lebhaftes Interesse.

— Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat bekanntlich gelegentlich der Adressdebatten ein Hirtenbrief des Fürstbischofs von Trient den energischsten Tadel gefunden, und auch der Staatsminister v. Schmerling hat sich in den stärksten Ausdrücken dagegen ausgesprochen. Zum Verständnis der Sache mögen einige Stellen aus dem transalpinischen Schriftstücke nachträglich hier folgen. Es heißt darin:

„Nachdem Martin Luther, um seine Leidenschaften zu befriedigen, die Fahne der Empörung gegen die Kirche Jesu Christi erhoben hatte, scharten sich um ihn bald die verworstenen Menschen von ganz Europa. Ihre Reiben vermehrten nach und nach andere von ihnen Verführte, welche dann ebenfalls Verführer wurden. Es mangelte nicht an mächtigen Fürsten, welche sich von der Freiheit verleiteten ließen, die Jene verprügelten; leider fehlte es auch nicht an verdorbenen Mitgliedern des Heiligthums, die jene Legionen anführten. Daher unternahmen sie, kühn gemacht durch äußern Schutz und ausgerüstet mit falscher Wissenschaft, das Werk, den Weinberg Jesu Christi zu verwüsten. Sie bemächtigten sich eines großen Theils von Deutschland, der Schweiz, Frankreichs, Englands und anderer Reiche, und überall entflammten sie jenes Feuer, welches in unsern Tagen noch nicht erloschen ist.“

„Welchen Schaden jene Gottlosen in der Welt anrichteten, ist leichter mit heißen Thränen zu beweinen, als mit Worten zu beschreiben. Wir wollen nichts sagen von den Bürgerkriegen, Verheerungen, von der Schwächung der Monarchien und Reiche, von der Störung des Friedens, der Eintracht und Ruhe in den Familien; nichts wollen wir melden von der Barbarei, welche sie, so viel an ihnen lag, in der Welt wieder einführten; gewiß ist es aber, daß sie unzähligen Seelen eine tödliche Wunde schlugen, das unzerstörliche Kleid Jesu Christi zerrissen, das Blut des Erlösers mit Füßen traten, und ungemein viele Seelen dem Himmel raubten, um sie in den Abgrund der Hölle zu stürzen.“... Die Reformation wird ferner darin „eine der schrecklichsten Prüfungen genannt, zu denen Gott seine auf Erden pilgernde Kirche verdammt.“ Dabei heißt es in dem nämlichen Hirtenbriefe, daß die Kirche der protestantischen Bewegung nichts entgegensetze „als die Einheit ihrer Lehren und die Salbung ihrer Liebe!“

*** Madrid, 30. Juni.** Die Bischöfe verlangen, daß die Veröffentlichung der Misérables von V. Hugo eingestellt werde. Die Angelegenheit ist an den Staatsrath verwiesen.

Raffel, 1. Juli. Bei der heute stattgehabten Gewinnziehung der kurhessischen 40-Lhaler-Lose fielen auf folgende Nummern die beigezeichneten Prämien: Nr. 79,936 36,000 Thlr.; Nr. 130,757 8000 Thlr.; Nr. 32,571 4000 Thlr.; Nr. 147,924 2000 Thlr.; Nr. 52,942 und 78,355 je à 1500 Thlr.; Nr. 98,462, 79,939 und 48,510 je à 1000 Thlr.

*** Marau, 2. Juli.** Rheinwasserwärme: 17 1/2 Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

